



PRESSEMITTEILUNG

Schwerin, 15. Februar 2019

Beratung Verfolgter trägt zu Befriedung bei 1.152 Ratsuchende wandten sich 2018 an die Landesbeauftragte

Fast 30 Jahre nach der Entmachtung des SED-Regimes in der DDR leiden nach wie vor Menschen unter den Folgen politischer Haft, beruflicher Benachteiligung und staatlicher Willkür. „Tausende Menschen beantragen jährlich immer noch Rehabilitierung und Entschädigung. Die Gründe, warum erst jetzt diese Anträge gestellt werden, sind sehr verschieden. Viele Betroffene ringen lange mit sich, weil sie schmerzliche Erinnerungen fürchten. Andere warten bis zum Eintritt ins Rentenalter. Den Menschen muss die Zeit gegeben werden, die sie benötigen. Die zum Jahresende 2019 auslaufenden Antragsfristen der Rehabilitierungsgesetze sollten ersatzlos gestrichen werden, um Betroffenen den Zeitdruck zu nehmen“, sagte Anne Drescher, Landesbeauftragte für MV für die Stasi-Unterlagen auf ihrer Jahrespressekonferenz am 15. Februar 2019 in Schwerin.

Der Beratungsbedarf ist hoch. 1.152 Ratsuchende haben sich allein im letzten Jahr an die Behörde gewandt. Neben politischen Häftlingen sind das ehemalige DDR-Heimkinder und Sportler und Menschen mit Klärungsbedarf zu ihrem Schicksal oder des von Angehörigen. Für die Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ meldeten sich 2018 in der Anlauf- und Beratungsstelle bei der Landesbeauftragten 318 Betroffene, die in der DDR als Minderjährige in psychiatrischen und Behinderteneinrichtungen untergebracht waren.

„Der Bedarf nach Beratung und Unterstützung in diesen Fragen ist ungebrochen. Die Fälle aber werden komplizierter, weil z.B. eine politisch motivierte berufliche Benachteiligung schwerer zu belegen ist als eine Verurteilung wegen sogenannter Republikflucht. Wir sehen täglich, wie wichtig den Betroffenen die Aufarbeitung ist. Die Beratung muss daher gestärkt werden. Eine gelungene Aufarbeitung trägt auch zur Befriedung der Gesellschaft bei und stärkt das Vertrauen in die freiheitliche-demokratische Grundordnung“, betonte die Landesbeauftragte Anne Drescher.

Mit aktualisiertem Auftrag und neuer Bezeichnung geht die Behörde künftig als Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in das Jubiläumsjahr der Friedlichen Revolution.